

Die Corona-Pandemie hat das Leben und die Wirtschaft in Deutschland und darüber hinaus lahmgelegt und zu radikalen Umbrüchen gezwungen, wie wir es nie zuvor erlebt haben. Der Staat muss durch Konjunkturprogramme die Wirtschaft wieder ankurbeln. Schon zu Beginn der Phase der Einschränkungen wurden einzelne Stimmen laut, die forderten, mühsam errungene Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Verkehrs- und Energiewende auszusetzen und keine neuen Schritte zu gehen. Sowohl im Interesse der deutschen Industrie als auch aller modernen, mobilen Menschen muss dies unbedingt verhindert werden. Völlig losgelöst vor der Pandemie hat die deutsche Automobilindustrie im Feld der Elektromobilität einen deutlichen Rückstand gegenüber weiterentwickelten Mitbewerbern aus dem Ausland. Dieser muss unverzüglich aufgeholt und darf jetzt nicht durch falsche Anreize vergrößert werden.

Vielmehr muss die Zeit genutzt werden, die Wirtschaft zielgerichtet zu fördern. **Verkehrswende, Klimaschutz und die Reduzierung des wirtschaftlichen Schadens durch die Corona-Pandemie stehen dabei nicht im Widerspruch zueinander.** Mit Investitionen in den Verkehrssektor können beide Krisen zugleich bekämpft werden.

### **Chancen von Homeoffice und Videokonferenzen nutzen – digitale Infrastruktur ausbauen**

Während der Pandemie sammeln zahlreiche Unternehmen und Beschäftigte positive Erfahrungen mit der Arbeit im Homeoffice und der Nutzung von Tools für Videokonferenzen. Wenn diese positiven Erfahrungen dazu führen, dass Beschäftigte zukünftig einen Tag in der Woche aus dem Homeoffice arbeiten, könnte dadurch bis zu 20 Prozent des Berufsverkehrs eingespart werden. Auch durch die verstärkte Nutzung von Videokonferenzen statt Dienstreisen können Verkehre reduziert werden. Klar ist aber auch: nicht jeder Beschäftigte kann aus dem Homeoffice arbeiten und nicht jede Dienstreise durch eine Videokonferenz ersetzt werden. Eine Grundvoraussetzung für die Umsetzbarkeit dieser Maßnahmen ist der flächendeckende Ausbau der digitalen Infrastruktur, welcher in den vergangenen Jahren in Deutschland sträflich vernachlässigt wurde und nun dem Wirtschaftsstandort Deutschland schadet.

### **Kapazitäten in Bus und Bahn erhöhen – Personen- und Güterverkehr nachhaltig verlagern**

Investitionen in die digitale Infrastruktur würden auch die Entwicklungen im Bereich des ÖPNV und des Güterverkehrs beschleunigen. So ist beispielsweise durch die Digitalisierung der Zugabfertigung mit Zeiteinsparungen und dadurch mit einer gesteigerten Attraktivität auch des Schienengüterverkehrs zu rechnen. Durch die kurzfristige Verlagerung von Verkehren von der Straße auf die Schiene können außerdem lange Wartezeiten und Staus an den aktuell wieder eingeführten Grenzkontrollen vermieden werden. Dies gilt für Verkehre über 400 km. Davon ausgenommen sind aber Sammelgut- und Verteilerverkehre.

Insbesondere der ÖPNV und der Fernverkehr leiden zurzeit unter den Einschränkungen. Auch künftig müssen generell überfüllte Busse und Bahnen effektiv verhindert werden, um den Reisekomfort zu steigern. Dies kann zum einen durch den verstärkten Ausbau des Angebots mit neuen Linien und höheren Takten – gefördert durch den Staat – erfolgen, eine erneute Anpassung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes sowie eine Aufstockung der finanziellen Mittel ist hierfür erforderlich. Die Reform des Personenbeförderungsgesetzes muss endlich angegangen werden, um die Möglichkeiten, die die Sharing- und Shuttleanbieter bieten, langfristig und rechtssicher auszubauen.

Zum anderen muss auch hier in Digitalisierung investiert werden. Verkehrsbetriebe müssen Echtzeitdaten zur Verfügung stellen, um die Nutzung ihres Angebotes attraktiver zu machen. Eine einheitliche bundesweite Plattform zur Nutzung aller möglichen Verkehrsmittel (vom klassischen Bus bis zum geteilten E-Scooter) kann auch diejenigen, die in der Krise wieder auf das Auto ausgewichen sind, zurück in den Umweltverbund holen.

### **Geändertes Mobilitätsverhalten festigen – Mobilitätsmanagement fördern**

Viele Beschäftigte haben in der Krise ihr Mobilitätsverhalten geändert. Sie sind auf Auto oder Fahrrad umgestiegen. Gerade den Umstieg aufs Fahrrad gilt es zu stärken und nachhaltig zu festigen. Unternehmen sollten stärker in Mobilitätsmanagement investieren, um finanzielle Mittel effektiv einzusetzen. Teure Parkplätze könnten so beispielweise durch die Etablierung einer Fahrradkultur oder Mitfahrkultur im Unternehmen reduziert werden. Durch staatliche Förderung von Mobilitätsberatung kann dieser Prozess unterstützt werden und langfristig die Verkehrswende in Betrieben festigen.

### **Neue Infrastruktur beibehalten – Fahrradverkehr stärker fördern**

Auch die neu geschaffenen sogenannten Pop-Up Fahrradwege sollten nach der Pandemie gerade in Großstädten beibehalten werden. Die Verbesserung der Radinfrastruktur ist ein zentrales Element der Verkehrswende und führt zur stärkeren Nutzung dieser. Provisorien sollten zeitnah in dauerhafte Lösungen umgebaut werden, beispielsweise in „protected bike lanes“. Ein Förderprogramm zur Anschaffung von Lastenrädern kann letzte Hürden für einen Umstieg abbauen und die von der Krise stark betroffenen Fahrradhändler stärken. Klar ist aber auch: nicht jeder kann auf das Fahrrad umsteigen. Gerade im ländlichen Raum werden viele Menschen weiterhin auf ihren Pkw angewiesen sein.

### **Umweltfreundliche Antriebe fördern – Automobilindustrie sichern und zukunftssicher aufstellen**

Auch wenn die Automobilindustrie nicht unmittelbar vom Staat eingeschränkt worden ist, sind die wirtschaftlichen Folgen durch die Corona-Pandemie enorm. Als Schlüsselindustrie muss sie schnell wieder zur alten Kraft erstarken, um ihre Stellung auf den weltweiten Absatzmärkten zu erhalten und zu sichern. Staatliche Unterstützung wird dafür notwendig sein. Diese muss allerdings mit Nachhaltigkeitszielen wie Klimaschutz, Ressourcenschonung und Emissionsminderungen vereinbar sein. Ein Aussetzen oder Verschieben von ökologisch notwendigen Maßnahmen darf hier jedoch nicht das Mittel der Wahl sein. Zum einen könnten so die ambitionierten Klimaziele im Verkehrssektor nicht erreicht werden und zum anderen könnte im internationalen Wettbewerb nicht mehr mitgehalten werden. Vielmehr muss die Krise als Chance gesehen werden, den Umstieg auf emissionsfreie Antriebsarten zu erleichtern und zu befördern. Neben dem Ausbau der Förderung von batterieelektrischen Fahrzeugen wäre der Verzicht auf die Erhebung der Mehrwertsteuer bei den Fahrzeugen, die in besonderem Maße klimaschonend unterwegs sind, ein denkbarer Weg. Für die mittelfristige Zukunft ist die Forschung und Entwicklung der Brennstoffzelle jetzt notwendig. Strombasierte synthetische Kraftstoffe (sog. E-Fuels) können einen Beitrag leisten, die CO<sub>2</sub>-Emissionen in der Luft- und Schifffahrt zu reduzieren.

Der **ACE Auto Club Europa e.V. fordert daher** eine Wirtschaftsförderung, die die Folgen der Pandemie reduziert und gleichzeitig die notwendigen Ziele im Verkehrsbereich nicht aus den Augen verliert. Konkret heißt dies:

- digitale Infrastruktur und Digitalisierung flächendeckend ausbauen und beschleunigen,
- Kapazitäten im ÖPNV vergrößern und Attraktivität steigern, wo notwendig staatliche Förderung einzelner Betreiber ausbauen,
- Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz reformieren und Anwendungsraum erweitern,
- Reform des Personenbeförderungsgesetzes,
- verkehrsmittelübergreifende Mobilitätsplattform schaffen,
- Betriebliches Mobilitätsmanagement fördern,

- Radinfrastruktur schneller ausbauen,
- Förderprogramm des Bundes für Lastenräder schaffen,
- Kaufprämien für Elektrofahrzeuge erhöhen,
- Mehrwertsteuer bei den Klimazielen entsprechenden Fahrzeugen erlassen.